

Wetterextreme im Dürrejahr 2018 als Folge der Klimakrise

BUND Naturschutz fordert konsequente Klimaschutzpolitik für Bayern

**Klimaschutzverträglichkeitsprüfung und Investition in „grüne
statt graue Infrastruktur“ überfällig**

In Bayern ist die Durchschnittstemperatur in den letzten 20 Jahren um 1,5 Grad gestiegen während sich die Niederschlagsmenge um 20 Prozent verringerte und Wetterextreme wie Dürreperioden und Starkregen deutlich zunehmen. Der BUND Naturschutz fordert von Ministerpräsident Markus Söder daher eine radikale Änderung der Energie-, Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik. „Bayern muss Vorreiter einer konsequenten Klimaschutzpolitik werden. Hierzu muss ein eigenes bayerisches Klimaschutzgesetz verbindliche Ziele und Reduktionspfade für Treibhausgase festlegen. Klimaschutz in Bayern muss das 1,5 Grad Ziel umsetzen. Dies erfordert eine Reduktion der Treibhausgase, wie Kohlendioxid, um 50 Prozent bis zum Jahr 2030, beispielsweise durch sofortige Stilllegung der dreckigsten Kohlekraftwerke, Investitionen in „grüne statt graue Infrastruktur“ sowie Priorität für Energiesparen und Energieeffizienz auf allen Ebenen“, so BN-Landesvorsitzender Richard Mergner und BUND Vorsitzender Hubert Weiger.

Geplante Milliardenausgaben für Straßen- und Flughafenbau auf Bundes- und Landesebene sind zu stoppen. Stattdessen sind die Förderprogramme zur Energieeinsparung und der Ausbau erneuerbaren Energien massiv zu erhöhen, um den Ausstoß von klimaverändernden Gasen entscheidend zu verringern.

Der Bund Naturschutz appelliert aber auch an die Bevölkerung, den Energie- und Wasserverbrauch zu verringern, in energiesparende Haustechnik und Wärmedämmung zu investieren und Autofahrten wo immer möglich durch Wege zu Fuß, mit dem Rad sowie Bussen und Bahnen zu ersetzen. Hierzu fordert der Bund Naturschutz eine Investitionsoffensive. Statt neuer Straßen ist ein Ausbau der „grünen Infrastruktur“ für gezielten Klima- und Hochwasserschutz erforderlich.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 08. August 2018

PM 087/18 LFG

Umweltpolitik

Handlungsfeld Klimaschutz im Verkehrsbereich

Bayern soll Vorreiter der dringend nötigen Verkehrswende und einer umweltverträglichen Mobilität werden: das bedeutet u.a. verbilligten und verdichteten ÖPNV, Fahrverbote für dreckige Diesel, Verbesserungen der Bahninfrastruktur, Umschichtung von Straßenbaumitteln weg von Neubauten hin zu Sanierung und Umbau der Straßenbauverwaltungen hin zu Mobilitätsverwaltungen.

Der BUND Naturschutz kritisiert, dass die bayerische Staatsregierung in den vergangenen Jahren im Bereich der Energieeinsparung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien eine Blockadepolitik betrieben hat. Auf Landesebene ist derzeit kaum erkennbar, dass ressortübergreifend konsequenter Klimaschutz betrieben werden soll. Deutlich wird dies vor allem im Verkehrsbereich. Neben der Ablehnung einer Fortführung der ökologischen Finanzreform und der Weigerung die Milliardensubventionen für Auto-, LKW- und Flugverkehr abzubauen, setzen bayerische Staatsregierung wie Bundesregierung weiterhin auf den Neu- und Ausbau des Straßennetzes. Eine konsequente Förderung von Rad- und Fußwegen, der Bahn und des öffentlichen Verkehrs findet nicht statt.

Vorbeugender Klima- und Hochwasserschutz im Siedlungsbereich und der Land- und Forstwirtschaft

Bayern ist bundesweit **Spitzenreiter beim Flächenverbrauch**. Täglich werden rund 18 Fußballfelder für Infrastruktur- und Siedlungszwecke beansprucht. Ein nicht unerheblicher Teil dieser Baumaßnahmen wird in den Talauen durchgeführt und führt damit zum Verlust von Hochwasserrückhaltegebieten. Der Bund Naturschutz fordert daher die Überprüfung aller kommunaler Flächennutzungspläne auf ihre Verträglichkeit mit Starkregenereignissen und dem Klimaschutz. Zu den wichtigsten Vorbeugemaßnahmen, um die Auswirkung von Unwettern und Hochwasserschäden zu verringern, zählt ein konsequenter Waldumbau von Nadelholzmonokulturen in Mischwälder mit hohem Laubholzanteil. Nach jüngsten Untersuchungen kann ein vielfältiger Bergmischwald bis zu dreimal so viel Wasser speichern wie ein reiner Fichtenforst.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 08. August 2018

PM 087/18 LFG

Umweltpolitik

Gefahr für Waldbrände und Baumsterben steigt

Die lang andauernde Trockenheit und Hitze setzen insbesondere den Nadelholforsten stark zu, während naturnahe Laubwälder besser angepasst sind. Verschärft sich die Klimakrise weiter wie bisher, wird der Wald auch in Bayern häufiger unter den Folgen leiden. Die Forstwirtschaft muss jetzt reagieren und mehr artenreiche Laubmischwälder schaffen statt flach wurzelnde Kiefern- und Fichtenforste, denen die Hitze und der Wassermangel besonders zu schaffen machen. In den Nadelwäldern drohen dann auch vermehrt Waldbrände wie aktuell in Schweden.

„Entscheidend ist, dass die Politik die Klimakrise eindämmt, weil ansonsten mittel- bis langfristig ein großflächiges Waldsterben droht“, so Mergner.

Auch für die **Landwirtschaft** liegt das Heil keinesfalls im Einsatz von gentechnisch vermeintlich an die Klimaveränderung angepassten Sorten sondern einer die Wasserhaltefähigkeit der Böden verbessernden Humus-, Kompostwirtschaft mit ganzjähriger Bodendeckung und Mischfruchtanbau. Der ökologische Landbau ist endlich als Leitbild einer umweltverträglichen Landwirtschaft in Bayern zu verankern.

Für Rückfragen:

Richard Mergner
Landesvorsitzender des BUND Naturschutz
mobil: 0171-63 94 370

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 08. August 2018

PM 087/18 LFG

Umweltpolitik